



Berthold Huber

Erster Vorsitzender der IG Metall

Gute Arbeit für Europa

Gerechte Löhne – Soziale Sicherheit

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2012 in Hamburg

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Metall- und Elektroindustrie hat im letzten Jahr 26 Milliarden Euro an ihre Anteilseigner ausgeschüttet. Ein Prozent Lohnerhöhungen kostet dagegen nur 1,5 Milliarden. Unsere Tarifforderung von 6,5 würde weniger als 10 Milliarden erfordern. Wer 26 Milliarden an seine Aktionäre zahlen kann, der kann auch eine anständige Entgelterhöhung bezahlen. Das haben die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie verdient!

Das Angebot der Arbeitgeber in dieser Tarifrunde war eine Provokation.

- Das Entgelt: Würde gerade mal die Inflationsrate ausgleichen.
- Die Übernahme der Auszubildenden: Nur eine unverbindliche Empfehlung.
- Die Mitbestimmung bei Leiharbeit: einfach abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich sage es unmissverständlich: Wir sind die taktischen Spiele der Arbeitgeber leid. Wir lassen uns nicht weiter hinhalten.

Wer am Verhandlungstisch nicht konstruktiv auf unsere Forderungen antwortet, der bekommt die Antwort von den Beschäftigten im Betrieb geliefert!

- Wir akzeptieren keine Ausflüchte mehr.
- Wir akzeptieren kein Hinhalten mehr.
- Wir akzeptieren nur noch ernsthafte Antworten auf unsere Forderungen!

Ich möchte den Kolleginnen und Kollegen von Verdi an dieser Stelle meine Anerkennung aussprechen. Ihr habt hervorragend mobilisiert und ein wirklich gutes Ergebnis erreicht. Das unterstützt und ermutigt uns.

Ihr habt allen Sparkommissaren dieses Landes die rote Karte gezeigt. Und das ist gut so!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben neben der Entgelterhöhung zwei weitere, gleichrangige Forderungen aufgestellt.

Wir fordern die unbefristete Übernahme aller Auszubildenden. Wir wollen nicht, dass Jugendliche ausgegrenzt werden. Diese Gesellschaft lebt von der Solidarität zwischen den Generationen. Man kann nicht über demographische Probleme und Facharbeitermangel klagen und sich dann aus der Verantwortung stellen.

Die Verrohung des Arbeitsmarktes trifft unsere jungen Kolleginnen und Kollegen besonders hart: Immer mehr landen in der Leiharbeit. So darf der Start in das Berufsleben nicht aussehen.

Im letzten Jahr sind fast 48.000 junge Menschen unter 27 in die IG Metall eingetreten. So viel wie seit Jahren nicht mehr. Da bewegt sich etwas. Die jungen Beschäftigten wollen sich diese Behandlung nicht länger gefallen lassen. Sie kämpfen um ihre berufliche Zukunft. Und dabei stehen wir an ihrer Seite!

Wir fordern erweiterte Mitbestimmungsrechte bei Leiharbeit für die Betriebsräte.

Die Leiharbeit ist inzwischen auf weit über 900.000 Beschäftigte gestiegen – soviel wie nie zuvor.

- Wir akzeptieren nicht, dass Leiharbeit sichere Arbeitsplätze immer mehr verdrängt!
- Wir machen keinen Frieden mit einem Zweiklassensystem im Betrieb!
- Wir werden uns niemals damit abfinden, dass für gleiche Arbeit 40 bis 50 Prozent weniger Lohn gezahlt wird.

Um die Leiharbeit in den Griff zu bekommen, brauchen die Betriebsräte mehr Rechte. Das ist für uns auch ein Stück mehr Demokratie. Wir lassen uns die Arbeitsverhältnisse nicht von den Unternehmen diktieren! Wir wollen mehr demokratische Rechte für die Beschäftigten!

Welten prallen aufeinander. Es geht um einen Grundkonflikt. Wie soll die Arbeit in Zukunft aussehen? Werden die Beschäftigten zum Spielball von Konjunktur und Auftragslage – oder gibt es tariflich gesicherte, akzeptable und durch Rechte geschützte Arbeitsplätze! Das ist der Grundkonflikt und den müssen und werden wir austragen.

Es geht auch nicht nur um Leiharbeit, sondern um die ganze Bandbreite ungesicherter Arbeitsverhältnisse:

Werkverträge, Praktika, Minijobs, Scheinselbstständigkeit und so weiter. Das muss ein Ende haben! Wir wollen gute Arbeit für alle!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Europa befindet sich in einer tiefen Krise.

Die Staatsverschuldung ist in drei Jahren um fast 30 Prozent des BIP gestiegen.

Die Staaten haben schlecht gewirtschaftet, behaupten die Marktradikalen, um ihre Sparmaßnahmen im Sozialbereich zu rechtfertigen. Aber die entscheidenden Ursachen liegen woanders. Es sind die Folgen der Finanzmarktkrise: Die fehlenden Steuereinnahmen, die Kosten der Arbeitslosigkeit und die Mittel zur Rettung der Banken. Die Finanzmärkte sind die Verursacher, die Schulden die Folgen. So liegen die Tatsachen und nicht anders!

Ich war vor einigen Wochen in Spanien. Was ich dort gesehen habe, hat mich tief erschüttert.

Die spanischen Staatsfinanzen waren gut geordnet. Die Finanzindustrie hat dort das Geschäft mit Immobilien angeheizt. Die Spekulationsblase ist durch die Krise geplatzt. Dadurch wurde ein ganzes Land in den Abgrund gerissen.

Im Bildungswesen wird gespart, bei den Sozialausgaben, der Kündigungsschutz wird abgebaut.

48 Prozent der Jugendlichen in Spanien sind arbeitslos. Eine ganze Generation wird ins Abseits geschickt. So darf man den inneren Zusammenhalt einer Gesellschaft nicht zerstören!

Die spanischen Gewerkschaften haben vor drei Wochen mit ihrem Generalstreik deutlich gezeigt, dass sie sich das nicht gefallen lassen!

Wir stehen solidarisch an der Seite der spanischen Kolleginnen und Kollegen und aller anderen, die sich in Europa gegen eine Politik stellen, die die Krisenverursacher ungeschoren lässt und die Lasten der Krise bei den Beschäftigten ablädt. Unsere Solidarität gilt allen, die sich dagegen wehren, überall in Europa!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am rigiden Sparkurs in der EU war die Bundesregierung maßgeblich beteiligt. Für die meisten Länder sieht das so aus: Es wird gespart – natürlich an den Sozialausgaben – die Wirtschaftsleistung geht zurück, die Steuern sinken, es muss noch mehr gespart werden und so weiter. So entsteht eine Abwärtsspirale die ganz Europa in die Rezession treibt. Diese Politik ist extrem kurzsichtig! Dieses Sparen kommt teuer!

Jeder stirbt für sich allein. Das ist nicht unsere Idee von Europa. Die EU muss sozial und wirtschaftlich eine Verantwortungsgemeinschaft werden. Europa muss für Solidarität, Demokratie und mehr Lebenschancen stehen! Für dieses Europa stehen wir! Für dieses Europa kämpfen wir!

Ein fairer Abbau der Staatsverschuldung sieht anders aus: Eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und großer Vermögen, beispielsweise, oder eine Finanztransaktionssteuer in Europa. In diese Richtung muss es gehen!

Wir brauchen einen Marshallplan für Europa, der den Absturz in die Rezession verhindert. Der neue wirtschaftliche Impulse gibt.

Der auch Akzente setzt in Richtung Bildung, Forschung und Entwicklung und – ganz wichtig – für den ökologischen Umbau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir brauchen auch in Deutschland eine Politik, die Arbeit achtet, soziale Sicherheit stärkt und die ökologischen Probleme endlich in Angriff nimmt!

Das Gegenteil ist der Fall. Die Energiepolitik z. B. tritt auf der Stelle. Es fehlt ein Masterplan, um die Energiewende energisch in die Hand zu nehmen. Der Netzausbau muss vorangetrieben werden. Sonst kommen bald keine neuen Investitionen mehr.

Alternative Energien könnten einen großen Entwicklungsschub für die Küstenregion bringen. Ich nehme das Beispiel Sietas Werft. Hier werden Spezialschiffe für Offshore-Anlagen gebaut. Sie sind dringend erforderlich. So können wir Arbeitsplätze sichern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Beschäftigten bei Schlecker hatten Jahrzehnte für ihr Unternehmen gearbeitet.

Ihnen sollte der Weg in die Arbeitslosigkeit erspart und eine Chance zur Weiterqualifizierung gegeben werden. Es ging um die Anerkennung ihrer Leistung. Es ist beschämend, dass die Beschäftigungsgesellschaft nicht finanziell unterstützt wurde. Das ist vor allem an den FDP-Wirtschaftsministern gescheitert.

Hier hat diese Partei ihr wahres Gesicht gezeigt – auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen, die wirklich Respekt und Achtung verdient hätten!

Wer die Würde der arbeitenden Menschen derart mit Füßen tritt, hat in der Regierung nichts zu suchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen eine wehrhafte Demokratie. Seit mehr als einem Jahr wissen wir von 10 Morden an unseren ausländischen Mitbürgern. Einer von ihnen war aus Hamburg. Die Täter des sogenannten ‚Nationalsozialistischen Untergrund‘ und ihre Verbindungen zur NPD und anderen rechtsradikalen Gruppen sind bekannt. Es gibt mehrere Untersuchungsausschüsse. Sonst ist nicht viel passiert.

Wir wollen endlich Taten sehen!

Wir unterstützen die Menschen, die diesem Treiben couragiert entgentreten! Wir fordern das längst überfällige Verbot der NPD!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel:

- Die Finanzmärkte müssen reguliert und wieder Dienstleister der Realwirtschaft werden.
- Unsichere Beschäftigung und Niedriglohnsektor müssen beseitigt und die Arbeitslosigkeit abgebaut werden.
- Die gesellschaftliche Spaltung muss überwunden werden durch mehr Verteilungsgerechtigkeit.
- Der ökologische Umbau der Wirtschaft muss vorangetrieben werden.
- Mitbestimmung und demokratische Rechte der Beschäftigten müssen gestärkt werden.
- Und wir brauchen ein zukunftsfähiges Europa.

Es geht nicht darum, die Straßenseite zu wechseln und auf der anderen Seite in die falsche Marschroute weiter zu marschieren – nein, die ganze Richtung muss sich ändern!

Vielen Dank für Eure Solidarität!